

Verein Mensch + Wind wird Regionsdezernent Jens Palandt Unterschriftenlisten gegen die überzogene Flächenplanung zur Windenergienutzung in der Region Hannover überreichen

Die Region Hannover hat die 3. Änderung zum Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) aufgestellt und erneut ausgelegt. Darin werden in der dichtbesiedelten Region 4-mal so große Flächen für die Windenergie ausgewiesen, als für die klimaneutrale Erzeugung von Strom in Deutschland anteilig erforderlich wären.

Bund und Land haben zuvor Flächenziele für die einzelnen Bundesländer und Landkreise aufgestellt, differenziert je nach geografischen Möglichkeiten und Siedlungsdichte. So soll die Region Hannover bis 2032 0,63 % der Regionsfläche, das sind 1.446 Hektar, für die Windenergienutzung ausweisen. Tatsächlich will die Region jedoch rund 2,5 % der Fläche ausweisen, das sind 5.672 Hektar. Bereits bestehende Windenergieanlagen, die außerhalb der geplanten Vorranggebiete liegen, werden dafür noch nicht einmal angerechnet. Und die Stadt Ronnenberg plant zusätzlich weitere Flächen in von der Region zuvor als Tabuzone bezeichneten Ausschlussflächen. Windenergieanlagen sollen dann auch in Landschaftsschutzgebieten und in für gefährdete Tierarten wie Rotmilan, Fledermäuse und Feldhamster u.a. sehr sensiblen Bereichen aufgestellt werden.

In diesen Vorranggebieten können Investoren ohne Höhenbeschränkung nach eigenem Ermessen Windenergieanlagen errichten. Derzeit plant die UKA Nord im Süden von Ronnenberg 265 m hohe Windräder mit 85 m langen Rotorblättern. Zum Vergleich: Der Telemax hat eine Höhe von 282 m. Ein einziger Rotor macht bereits einen stärkeren Lärm als ein Presslufthammer. Und zwischen Linderte und Ihme-Roloven sollen in einem Abstand von nur 800 m zur Wohnbebauung gleich 15 solcher Monsteranlagen nebeneinander errichtet werden. Dörfer wie Hiddestorf können mit bis zu 50 (!) Windrädern regelrecht eingekesselt werden. Zusätzlich werden noch Umspannwerke im Landschaftsschutzgebiet gebaut.

Betroffene Bürger befürchten erhebliche gesundheitliche Schäden durch Lärmbelästigung, Schlagschatten, Infraschall und nächtliche Blinklichter. Naturschutzrechtliche Belange und Tierschutz werden für den Bau dieser Anlagen vernachlässigt und eingeschränkt.

Im Calenberger Land hat sich im November die Bürgerinitiative Mensch + Wind e.V. gegründet, die sich zum Ziel gesetzt hat, den Ausbau der Windenergie natur- und menschengerecht zu begleiten. „Wir sind positiv gegenüber der Energiewende eingestellt und akzeptieren dafür auch die Windenergienutzung vor unserer Haustür“, erläutert der Vorstand und Pressesprecher des Vereins, Peter Holzki. „Aber es muss ein ausgewogenes Nebeneinander von Mensch, Natur und Windenergienutzung geben.“ Überkapazitäten in Norddeutschland führen nur zu einem überteuerten Strompreis für die Privat- und Industriekunden. Bereits jetzt werden nach Auskunft der Avacon Windenergieanlagen im Calenberger Land zeitweise abgestellt, um den Strompreis an der Leipziger Strombörse auf einem hohen Niveau zu halten.

Mehrere Mitglieder des Vereins haben sich in den letzten Monaten intensiv in verschiedene Einzelthemen der Windenergieerzeugung und Energienutzung in Deutschland eingearbeitet und Informationsveranstaltungen in den betroffenen Dörfern veranstaltet. Gespräche wurden auch mit den Bürgermeistern von Ronnenberg und Hemmingen, Marlo Kratzke und Jan Dingeldey sowie Vertretern politischer Parteien geführt. Dabei stellte sich heraus, dass so manche Ratsmitglieder nur

recht unzureichend über das Ausmaß und die Auswirkungen der Planungen informiert gewesen waren.

Vereinsvertreter haben daher in den letzten Wochen über 1.000 Unterschriften gegen diese überzogene Planung gesammelt und werden sie am Freitag, dem 5.4. um 10.00 Uhr dem Regionsdezernenten Jens Palandt überreichen. Regionspräsident Steffen Krach hat sich zuvor als nicht zuständig und in der Sache nicht so gut informiert bezeichnet. „Wir wollen damit auch ein politisches Statement setzen und den Bürgerwillen gegen die völlig maßlose Planung kundtun“, so Pressesprecher Holzki weiter.

Einwendungen gegen die Planungen können noch bis zum 22.4. bei der Region eingereicht werden.